



Geschäftsbericht 2010

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	5
1.1	Allgemeines	5
1.2	Geschäftsverlauf	6
1.2.1	Bestandsentwicklung	6
1.2.2	Kapitalanlagen	7
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	7
1.2.4	Überschuss	8
1.2.5	Solvabilität	8
1.3	Überschussverwendung	9
1.4	Geschäftsorganisation und Risikomanagement	9
1.5	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	10
1.6	Ausblick	11
2	Jahresabschluss	12
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010	12
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	14
3	Anhang	15
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2010	16
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	25
3.3	Weitere Angaben	28
4	Anlage zum Lagebericht	30
5	Anlage zum Anhang	33
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	37
7	Bericht des Aufsichtsrates	38
8	Organe, Treuhänder und Verantwortlicher Aktuar	40
9	Beirat	41

1 LAGEBERICHT

1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Als außerordentliche Mitglieder können nach § 2 Absatz 3 der Satzung aufgenommen werden:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören, wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
 - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abschließen oder
 - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitaleistungen. Die aktuellen Rententariife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Die Versicherungen können zur privaten Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, oder zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisrente“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden. Die Vertragsbedingungen unserer „Basisrente“ haben die nach § 10 Abs. 2 EStG erforderliche Zertifizierung erhalten.

Zur privaten Risikovorsorge bieten wir eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung und eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. ist sie bereits seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Für das Neugeschäft gelten Tarife mit einem Rechnungszins von 2,25 %. Damit beachten wir den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszins. Unsere aktuellen Rententariife sind mit den Sterbetafeln DAV 2004 R kalkuliert.

Zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand hat die Vertreterversammlung am 19. Juni 2010 beschlossen, einen Beirat einzurichten. Der Beirat wird gebildet aus Personen, die von der Bundessteuerberaterkammer, dem Deutschen Steuerberaterverband und unserer Mitgliedervertretung entsandt werden.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Bestandsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 beruhte der Neuzugang an Versicherungen überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisrente“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2010 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 899.853.176,24 €. Das bedeutete eine Steigerung um 0,4 % (im Vorjahr 0,7 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich auf 33.293.816,97 €, d.h. um 0,1 % (nach einer Verminderung um 0,5 % im Vorjahr).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 29.993.627,98 € betragen (im Vorjahr 28.009.187,41 €). Die Veränderung beruhte auf dem weiteren Zugang an Altersrenten und auf gestiegenen Kapitalabfindungen.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 33.368.327,00 € (im Vorjahr 34.296.810,00 €). Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 10.030.308,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 8.670.249,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 790.461.847,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 32.818.793,09 € oder 4,2 % auf 807.734.982,29 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 38.214.000,80 € gegenüber 35.695.732,30 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 2.261.102,80 € (im Vorjahr 1.992.807,32 €).

Die Nettoverzinsung erhöhte sich auf 4,54 % (im Vorjahr 4,45 %).

Zu der höheren Nettoverzinsung haben Abgangsgewinne von 2.948.436,15 € beigetragen, die wir überwiegend durch Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren mit kürzeren Restlaufzeiten realisieren konnten. Aufgrund der Entwicklung der Zeitwerte bei den Immobilien war eine außerplanmäßige Abschreibung von 321.309,00 € erforderlich, die in den Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten ist.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 808.572.188,89 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 837.206,60 € an stillen Reserven (nach Saldierung mit den stillen Lasten); dies entspricht 0,10 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen.

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 12.171.615,00 €. Dem stehen stille Reserven von 9.217.352,66 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2).

Aufgrund der hohen Qualität unserer Kapitalanlagen waren keine Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Die stillen Lasten der festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Lediglich bei einigen Wertpapieren haben wir außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vorgenommen, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher war. Diese Abschreibungen von insgesamt 436.250,00 € sind auf die Entwicklung der Marktkurse zurückzuführen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.394.763,97 € (im Vorjahr 1.550.178,18 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,19 % (im Vorjahr 4,66 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 734.233,13 € entsprechen 2,21 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 2,16 %). Der Rückgang der Brutto-Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus niedrigeren Abschlussaufwendungen für die Werbung.

1.2.4 Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten wir zusätzliche Erträge erzielen.

Aufgrund von Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Zusammenhang mit der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wurde der Überschuss durch das außerordentliche Ergebnis beeinflusst. Bei den außerordentlichen Aufwendungen entfallen 448.497,00 € auf die Auflösung der aktiven latenten Steuern, die im Vorjahr noch bilanziert worden sind. Die Auflösung erfolgte, weil eine Fortführung für die zugrunde liegenden einzelnen Sachverhalte allein nicht mehr möglich ist.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war das Ergebnis für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen, so dass der Überschuss entsprechend niedriger war. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 3.069.968,26 € (im Vorjahr 3.334.228,80 €) erzielt. Hiervon wurden 700.000,00 € der Verlustrücklage und 2.369.968,26 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, und das eingezahlte Nachrangkapital heranziehen.

Für das Nachrangkapital hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst.

Durch die Zuführung zur Verlustrücklage und eine Steigerung des nicht festgelegten Teils der Rückstellung für Beitragsrückerstattung konnten wir die Eigenmittel weiter erhöhen.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.655.290,73 € entnommen. Davon entfallen 739.523,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 810.547,60 €, um gezahlte Bewertungsüberschussanteile von 55.758,31 €, um gezahlte Leistungszuschläge von 3.844,28 € sowie um Überschussanteile von 45.617,54 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2010 auf 19.703.233,55 € (im Vorjahr 18.988.556,02 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Geschäftsorganisation und Risikomanagement

Versicherungsunternehmen müssen gemäß § 64a VAG über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die neben einer dem Geschäftsbetrieb angemessenen ordnungsgemäßen Verwaltung und Buchhaltung insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagement erfordert die Entwicklung einer auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmten Risikostrategie, aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen, die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems sowie eine interne Revision. Diese aufsichtsgesetzlichen Regelungen sind zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Aufsichtsbehörde hat mit dem Rundschreiben 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ diese Regelungen konkretisiert.

Wir haben uns bereits eingehend im Jahr 2008 mit den gesetzlichen Anforderungen befasst und unsere Risikostrategie weiterentwickelt. Die Aufbauorganisation wurde angepasst und die Funktion einer internen Revision eingeführt. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme sind in das Risikomanagement einbezogen worden. Dies gilt auch für die versicherungsmathematischen Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Im Jahr 2009 sind weitere Maßnahmen zum Risikocontrolling für den Bereich der Kapitalanlagen umgesetzt worden, indem zur laufenden Unterstützung des Risikomanagements ein Dienstleistungsvertrag mit einer qualifizierten Kapitalanlagegesellschaft geschlossen wurde. Es ist eine Studie zum Asset-Liability-Management (ALM-Studie) erstellt worden, die wir zur Steuerung der Kapitalanlagepolitik nutzen.

Unser internes Steuerungs- und Kontrollsystem haben wir hinsichtlich der MaRisk VA auch im Geschäftsjahr 2010 weiterentwickelt. Die Geschäftsorganisation ist in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert worden, das weiter gepflegt wird.

Für die Durchführung der internen Revision besteht nunmehr ein Funktionsausgliederungsvertrag mit der axis AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

1.5 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken mit einem angemessenen Risikomanagement.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt, wobei der Rechnungszins von 3,5 % unverändert bleibt. Durch Vergleichsrechnungen mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % wird geprüft, ob der erreichte Stand der Verstärkungen zum Bilanzstichtag als ausreichend angesehen werden kann.

In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, werden weitere Anpassungen der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Der Anteil an Wertpapieren, die kein Investment-Grade-Rating mehr haben, beläuft sich auf 1,3 % der gesamten Kapitalanlagen. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Der Aktienanteil innerhalb der vorhandenen Investmentfonds betrug zum Bilanzstichtag 0,5 % der gesamten Kapitalanlagen. Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Mischung und Streuung. Bei Neuanlagen investieren wir regelmäßig in längere Laufzeiten. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die **Chancen** der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die steuerlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisrente“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen. In der betrieblichen Altersversorgung ist die Entgeltumwandlung durch die Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung weiterhin lukrativ für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner. Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Von den Sparbeiträgen werden keine Anteile für Provisionen verbraucht, sondern sie fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

Erhöhte Chancen für die Entwicklung sehen wir in einer weiteren Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand, die durch die Einrichtung des Beirats eingeleitet werden konnte.

1.6 Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente	– die flexible Rentenversicherung
ds:Rente Plus	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
ds:Basisrente	– die zertifizierte Basisrente
ds:BU	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
ds:RiBU	– die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
ds:bAV	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden. Die Rahmenbedingungen einer zusätzlichen Basisrente sind insbesondere für Selbständige attraktiv.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Zum 1. Januar 2012 wird der Rechnungszins für das Neugeschäft auf 1,75 % abgesenkt werden. Bei gleichen Beiträgen wird dies zu einer niedrigeren versicherten Rente führen, was jedoch durch eine entsprechend höhere Überschussbeteiligung voraussichtlich ausgeglichen werden kann. Für die Neuverträge im Jahr 2011 gelten noch unsere aktuellen Tarife mit dem Rechnungszins von 2,25 %.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung. Dabei kann auch das Rentenbeginnalter flexibel gestaltet werden. Diese Vorteile wollen wir auch unter den künftigen Rahmenbedingungen sicherstellen.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 18. April 2011

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann


2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2010 Euro	2009 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				185.186,50	197.641,50
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			13.192.781,06		13.855.482,05
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		75.000.000,94			108.644.457,83
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		239.637.130,00			252.217.100,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		74.720,29			191.299,32
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	321.359.350,00				260.336.850,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	150.471.000,00	471.830.350,00			128.471.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten		8.000.000,00	794.542.201,23		11.200.000,00
				807.734.982,29	774.916.189,20
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			206.764,34		232.830,57
II. Sonstige Forderungen			63.926,76		69.356,73
				270.691,10	302.187,30
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			90.065,50		89.683,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			3.322.727,75		2.562.180,81
III. Andere Vermögensgegenstände			4.679.613,98		4.572.448,92
				8.092.407,23	7.224.312,73
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			16.966.108,34		15.192.175,65
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			207.229,16		242.754,16
				17.173.337,50	15.434.929,81
F. Aktive latente Steuern				0,00	448.497,00
Summe der Aktiva				833.456.604,62	798.523.757,54

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 18. April 2011


Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2010 Euro	2009 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			10.100.000,00	9.400.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.000.000,00	7.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		4.175.304,40		4.172.696,53
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	790.461.847,00			757.093.520,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	85.117.244,00	705.344.603,00		83.074.954,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.133.936,38			915.820,50
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	431.322,00	702.614,38		363.503,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			19.703.233,55	18.988.556,02
			729.925.755,33	697.732.136,05
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		221.638,00		93.678,00
II. Steuerrückstellungen		9.000,00		9.000,00
III. Sonstige Rückstellungen		247.793,01		297.656,05
			478.431,01	400.334,05
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			85.117.244,00	83.074.954,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern			161.479,71	104.511,27
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			402.938,02	513.501,01
III. Sonstige Verbindlichkeiten			270.356,55	286.439,10
davon:				
aus Steuern	19.620,68 Euro			
(im Vorjahr 20.695,99 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			834.774,28	904.451,38
G. Rechnungsabgrenzungsposten			400,00	11.882,06
Summe der Passiva			833.456.604,62	798.523.757,54

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 15. März 2011 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 18. April 2011

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

			2010	2009
	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.293.816,97			33.276.368,83
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	1.675.865,55	31.617.951,42		120.341,58
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		./ 2.607,87	31.615.343,55	91.659,22
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			739.523,00	1.224.788,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.259.479,44			1.242.355,11
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	34.006.085,21	35.265.564,65		32.392.905,76
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.948.436,15	38.214.000,80	2.060.471,43
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	29.993.627,98			28.009.187,41
bb) Anteil der Rückversicherer	406.025,76	29.587.602,22		1.456.087,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	218.115,88			./ 1.003.275,92
bb) Anteil der Rückversicherer	67.819,00	150.296,88	29.737.899,10	./ 561.336,04
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		33.368.327,00		34.296.810,00
bb) Anteil der Rückversicherer		2.042.290,00	31.326.037,00	./ 100.447,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
			2.369.968,26	2.734.228,80
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	660.530,84			832.111,46
b) Verwaltungsaufwendungen	734.233,13	1.394.763,97		718.066,72
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.788.077,89	./ 393.313,92	1.181.359,19
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.162.151,81		1.092.537,31
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.098.950,99	2.261.102,80	900.270,01
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				
			2.963.466,12	2.930.158,62
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
			2.303.707,99	1.633.775,51
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		8.805,41		14.432,46
2. Sonstige Aufwendungen		792.662,92	./ 783.857,51	802.442,90
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.519.850,48	845.765,07
4. Außerordentliche Erträge		2.580,55		0,00
5. Außerordentliche Aufwendungen		554.830,00		0,00
6. Außerordentliches Ergebnis			./ 552.249,45	0,00
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			267.601,03	245.765,07
8. Jahresüberschuss			700.000,00	600.000,00
9. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			700.000,00	600.000,00
10. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) war dabei erstmals anzuwenden. Soweit sich aufgrund der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG die bisher angewandten Bewertungsmethoden geändert haben, sind die Vorjahreszahlen nicht angepasst worden (Art. 67 Abs. 8 EGHGB).

Das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, eine sich voraussichtlich insgesamt ergebende künftige Steuerentlastung – nach Saldierung mit künftigen Steuerbelastungen – als aktive latente Steuern in der Bilanz anzusetzen, wurde nicht ausgeübt.

Wesentliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bestehen bei bestimmten Bilanzpositionen der Kapitalanlagen (Aktiva B I und II 1) und bei der Bilanzposition zur Pensionsrückstellung (Passiva D I). Die Differenzen werden voraussichtlich zu künftigen Steuerentlastungen führen, wobei die Bewertung mit einem Steuersatz von 30 % erfolgte.

Es wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 3 EGHGB Gebrauch gemacht, in der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009 enthaltene Rückstellungen für Instandhaltungsaufwendungen beizubehalten.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2009	197.641,50 €
Zugänge	65.237,03 €
Abgänge	0,50 €
Abschreibungen	77.691,53 €
Bestand am 31.12.2010	185.186,50 €

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 20 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2010

	Bilanzwert	Zeitwert
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	13.192.781,06 €	12.960.000,00 €
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	75.000.000,94 €	76.177.623,60 €
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	239.637.130,00 €	235.505.245,00 €
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	74.720,29 €	74.720,29 €
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	321.359.350,00 €	325.115.800,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	150.471.000,00 €	150.738.800,00 €
5. Einlagen bei Kreditinstituten	8.000.000,00 €	8.000.000,00 €
Summe II.	794.542.201,23 €	795.612.188,89 €
Kapitalanlagen insgesamt	807.734.982,29 €	808.572.188,89 €

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert und beträgt 807.734.982,29 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 808.572.188,89 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an stillen Reserven von 837.206,60 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 7 Abs. 4 EStG vorgenommen wurden. Der Zeitwert der Grundstücke beträgt 12.960.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 13.192.781,06 €. Die Zeitwerte sind gemäß Wertgutachten aus dem Jahr 2009 als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden, wobei zum 31. Dezember 2010 Wertberichtigungen nach § 55 RechVersV erfolgten. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.506.505,02 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 795.612.188,89 € gegenüber einem Bilanzwert von 794.542.201,23 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschouldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind Anteile an inländischen Investmentfonds ausgewiesen:

Investmentanteile	75.000.000,94 €
-------------------	-----------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 76.177.623,60 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 1.177.622,66 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich.

Bei den Investmentfonds handelt es sich um den Spezialfonds BWInvest-83 mit einem Kurswert von 50.855.970,00 € (Bilanzwert 49.999.989,70 €), sowie um den Spezialfonds DAM 20 mit einem Kurswert von 25.321.653,60 € (Bilanzwert 25.000.011,24 €). Die Differenz des Kurswertes zum Bilanzwert beträgt 855.980,30 € bei dem Investmentfonds BWInvest-83 und 321.642,36 € bei dem Investmentfonds DAM 20.

Für das Geschäftsjahr erfolgte aus dem Investmentfonds BWInvest-83 eine Ausschüttung von 2.335.968,00 € und aus dem Investmentfonds DAM 20 eine Ausschüttung von 1.039.837,33 €.

Die Anlageziele der Investmentfonds ergeben sich aus den in ihren Vertragsbedingungen festgelegten Anlagegrundsätzen und der Anlagepolitik. Der Spezialfonds BWInvest-83 investiert demnach vor allem in Unternehmensanleihen mit Investment-Grade-Rating. Der Spezialfonds DAM ist ein gemischter Fonds der überwiegend in Staatsanleihen und Unternehmensanleihen mit Investment-Grade-Rating sowie in begrenztem Maße in Aktien investiert, wobei als Anlageziel die Erzielung einer Rendite von mindestens 4,0 % p.a. verfolgt wird.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	123.928.150,00 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	64.259.150,00 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	51.449.830,00 €
	239.637.130,00 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 235.505.245,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 12.171.615,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 8.039.730,00 €.

Von den stillen Lasten entfallen 10.306.815,00 € auf Wertpapiere mit Investment-Grade-Rating und 1.864.800,00 € auf Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating.

Bei den Emittenten der Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating handelt es sich um Staaten, die der Europäischen Union angehören und zum Zeitpunkt der Anschaffung der Wertpapiere noch ein Investment-Grade-Rating hatten. Der Buchwert dieser Wertpapiere beträgt 10.491.000,00 € und der Zeitwert 8.626.200,00 €. Aufgrund der Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wird davon ausgegangen, dass die Wertminderung auch bei diesen Wertpapieren voraussichtlich nicht dauerhaft ist und die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

Soweit bei einigen Wertpapieren der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher als der Nennwert war, sind aufgrund eines niedrigeren Zeitwertes Abschreibungen auf den Nennwert bzw. auf den höheren Zeitwert vorgenommen worden. Diese Abschreibungen beliefen sich für das Geschäftsjahr auf 436.250,00 €.

3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	321.359.350,00 €
b) Schuldscheinforderungen	150.471.000,00 €
	471.830.350,00 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 475.854.600,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 10.191.600,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 14.215.850,00 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 8.000.000,00 €, die überwiegend zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an

1. Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden 155.582,29 € im ersten Quartal 2011 ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear entsprechend den steuerlichen Vorschriften. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150,00 € sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 4.589.976,96 € ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2011 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2010 entfallen, aber erst 2011 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst.

F. Aktive latente Steuern

Die im Vorjahr ausgewiesenen aktiven latenten Steuern beruhten auf ausschüttungsgleichen Erträgen der Investmentfonds. Bei den ausschüttungsgleichen Erträgen handelt es sich um thesaurierte Erträge – insbesondere Zinsen – der Investmentfonds, die bereits zu versteuern waren. Bei einer späteren Ausschüttung sind diese Kapitalerträge steuerfrei. Die darauf entfallende latente Steuer war mit insgesamt 30 % hiervon ermittelt worden.

Die latenten Steuern sind aufgrund einer vorgenommenen Änderung des Bewertungsansatzes in Folge des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes aufgelöst worden. Dadurch erhöhten sich in der Gewinn- und Verlustrechnung die außerordentlichen Aufwendungen (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2010

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	197	65				77	185
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	13.857					664	13.193
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.644			33.644			75.000
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	252.217	27.058		39.202		436	239.637
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	191			116			75
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	260.337	67.982		6.960			321.359
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	128.471	22.000					150.471
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11.200	109.400		112.600			8.000
6. Summe B II.	761.060	226.440		192.522		436	794.542
Insgesamt	775.114	226.505		192.522		1.177	807.920

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 700.000,00 € auf 10.100.000,00 € erhöht.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2011 entfallenden Beitragsanteile wurden als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2009	757.093.520,00 €	83.074.954,00 €	674.018.566,00 €
Zuführung	33.368.327,00 €	2.042.290,00 €	31.326.037,00 €
Stand am 31.12.2010	790.461.847,00 €	85.117.244,00 €	705.344.603,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 85.117.244,00 € (im Vorjahr 83.074.954,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Dabei darf der erreichte Verstärkungsgrad den geschäftsplanmäßig vorgegebenen Mindeststand nicht unterschreiten. Zum 31. Dezember 2010 beträgt die Verstärkung 65,9 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung (im Vorjahr 63,3 %).

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden seit dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und Anpassungen der künftigen Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung zeigt, dass der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung bereits höher ist, als es der Betrag einer mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % berechneten Deckungsrückstellung wäre.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „**Tarif 2000**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31. Dezember 2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 1. Januar 2002 geltenden „**Tarif 2000 plus**“ und den ab dem 1. Januar 2004 geltenden „**Tarif 04 plus**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „**Tarif 2000 plus**“ bzw. 2,75 % für den „**Tarif 04 plus**“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „**Tarif 2005**“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „**Tarif 2007**“ im Jahr 2007 und dem „**Tarif 2008**“ ab dem Jahr 2008 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „**Tarif 2005**“ bzw. 2,25 % für den „**Tarif 2007**“ und den „**Tarif 2008**“.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafeln DAV 1994 T* mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2009	18.988.556,02 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.655.290,73 €
Zwischensumme	17.333.265,29 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	2.369.968,26 €
Stand am 31.12.2010	19.703.233,55 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung setzt sich zum 31. Dezember 2010 aus folgenden Teilen zusammen:

1. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	
- gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	117.823,00 €
- gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	841.186,00 €
2. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	
- gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	817.888,00 €
3. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven - gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	29.000,00 €
4. Teil des Schlussüberschussanteilsfonds für die Finanzierung von Gewinnrenten in Form von Leistungszuschlägen	4.198.026,00 €
5. Teil des Schlussüberschussanteilsfonds für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	9.282.274,00 €
6. ungebundener Teil	4.417.036,55 €
insgesamt	19.703.233,55 €

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilsfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Die Rechnungsgrundlagen wurden unter Berücksichtigung von Erwartungswerten aus den Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung abgeleitet. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,25 % (im Vorjahr 4,5 %) vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung gebildet.

Die Pensionsrückstellung ist gemäß § 253 Abs. 2 HGB nach dem Teilwertverfahren mit einer Dynamik aufgrund einer angenommenen Inflationsrate von 2,0 % versicherungsmathematisch berechnet worden. Als Rechnungsgrundlagen wurden ein Rechnungszins von 5,15 % und die Richttafeln 2005 G verwendet. Der Rechnungszins beruht auf dem anzuwendenden Abzinsungssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, wobei er pauschal bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt worden ist.

Im Vorjahr war die Pensionsrückstellung noch mit dem Betrag gemäß § 6a EStG bilanziert worden.

II. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Gewerbesteuer für das Vorjahr.

III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und für Instandhaltungskosten.

E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 402.938,02 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 431.322,00 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3b RechVersV beträgt 2.628.347,10 €.

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2010 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 19.620,68 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2010 entfallen, aber erst in 2011 fällig sind.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2010	2009
Laufende Beiträge	31.019.225,07 €	31.289.942,88 €
Einmalbeiträge	2.274.591,90 €	1.986.425,95 €
Gebuchte Bruttobeiträge	33.293.816,97 €	33.276.368,83 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung. Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 1.675.865,55 € (im Vorjahr 120.341,58 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 6.542.319,55 € (im Vorjahr 6.760.344,58 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portfeuille-Austrittsbeiträge von 4.866.454,00 € (im Vorjahr 6.640.003,00 €).

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung von Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 739.523,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war.

Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2010	2009
a) Erträge aus Grundstücken	1.259.479,44 €	1.242.355,11 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	34.006.085,21 €	32.392.905,76 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.948.436,15 €	2.060.471,43 €
	38.214.000,80 €	35.695.732,30 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 2.705.436,15 € aus dem Verkauf von Wertpapieren und der Rückgabe von Investmentanteilen.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2010	2009
Laufende Renten	19.926.811,81 €	18.541.273,77 €
Rückvergütungen	18.260,87 €	23.339,36 €
Kapitalabfindungen	9.876.869,00 €	9.244.397,00 €
Regulierungsaufwendungen	171.686,30 €	200.177,28 €
	29.993.627,98 €	28.009.187,41 €
Anteile des Rückversicherers	406.025,76 €	1.456.087,00 €
	29.587.602,22 €	26.553.100,41 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2010	2009
a) Bruttobetrag	33.368.327,00 €	34.296.810,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	2.042.290,00 €	./ 100.447,00 €
Nettozuführung	31.326.037,00 €	34.397.257,00 €

Von der Zuführung in 2010 entfallen 9.729.144,00 € (im Vorjahr 8.404.973,00 €) auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 301.164,00 € (im Vorjahr 265.276,00 €) auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen in neueren Tarifen.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen (Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung). Im Geschäftsjahr sind dies 2.369.968,26 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 2.734.228,80 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2010	2009
a) Abschlussaufwendungen	660.530,84 €	832.111,46 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	734.233,13 €	718.066,72 €
	1.394.763,97 €	1.550.178,18 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.788.077,89 € (im Vorjahr 1.181.359,19 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2010	2009
a) Anwendungen für		
Grundstücke	654.698,09 €	621.405,99 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	507.453,72 €	471.131,32 €
	1.162.151,81 €	1.092.537,31 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	341.391,99 €	341.374,00 €
Grundstücke außerplanmäßig	321.309,00 €	469.096,01 €
Wertpapiere	436.250,00 €	89.800,00 €
	1.098.950,99 €	900.270,01 €
	2.261.102,80 €	1.992.807,32 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 3.586,76 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 280.886,20 € (im Vorjahr 300.288,85 €). Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für Vertreterversammlung und Aufsichtsrat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die interne Revision, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 21.251,72 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen.

4. Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren aus geänderten Bewertungsvorschriften aufgrund des BilMoG (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

5. Außerordentliche Aufwendungen

Von den außerordentlichen Aufwendungen entfallen 106.333,00 € auf die erstmalige Anwendung der geänderten Vorschriften für die Bewertung der Pensionsrückstellung und 448.497,00 € auf die Auflösung der aktiven latenten Steuern in Folge des geänderten Bewertungsansatzes, jeweils aufgrund der Vorschriften des BilMoG (Art. 67 Abs. 7 EGHGB).

7. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer	104.629,03 €
Solidaritätszuschlag	5.755,00 €
Gewerbesteuer	157.217,00 €
	267.601,03 €

8. und 9. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 700.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	660	714
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	109	120
5. Aufwendungen für Altersversorgung	27	30
6. Aufwendungen insgesamt	796	864

3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt 39.960,20 € zzgl. Spesen. Davon entfallen 30.940,00 € auf Abschlussprüfungsleistungen und 9.020,20 € auf Steuerberatungsleistungen. Sonstige Leistungen wurden im Geschäftsjahr nicht erbracht.

3.3.4 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vorsitzender)
 Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg (stv. Vorsitzender)
 Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn
 Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 85.680,00 € und für die Mitglieder des Vorstandes von 280.403,27 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.5 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 11 Arbeitnehmer, davon ein Arbeitnehmer in Elternzeit.

Bonn, den 18. April 2011

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

**Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2010**

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	3.694	3.051	1.158	248	17.042.221,20
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	41	75	71	32	1.356.484,88
2. sonstiger Zugang	3	2	–	–	1.195,56
3. gesamter Zugang	44	77	71	32	1.357.680,44
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	8	4	27	7	389.511,56
2. Beginn der Altersrente	69	26	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	2	6	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	1	2	155.456,32
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	39	13	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	3	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	–	2	–	72.251,40
8. gesamter Abgang	121	49	30	9	617.219,28
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.617	3.079	1.199	271	17.782.682,36
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	445	384			
2. in Rückdeckung gegeben	2.051	861	–	–	–

Hinterbliebenenrenten				Summe der Jahresrenten		
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro	
341	3	40	1.996.753,76	11.946,28	110.870,60	
25	4	3	159.007,48	5.132,16	11.754,00	
–	–	–	117,24	18,12	2,88	
25	4	3	159.124,72	5.150,28	11.756,88	
3	–	–	9.833,56	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
1	–	8	8.470,24	–	18.620,68	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
4	–	8	18.303,80	–	18.620,68	
362	7	35	2.137.574,68	17.096,56	104.006,80	
–	–	–	–	–	–	

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2010

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	44	6.280.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	1	50.000,00
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	1	50.000,00
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	43	6.230.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	43	4.187.758,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	41	10.865
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	40	10.789
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	40	8.037

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
 - a) die im Jahr 2011 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 9,00 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt,
 - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2013 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2012 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen laufende Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt werden.

2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2010 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 die versicherten Renten für im Januar 2010 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2010 beitragspflichtig waren, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2011 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2011 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2010 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2010 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2010 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2011 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „**Tarif 04 plus**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2010 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 die versicherten Renten um 1,25 % erhöht; für im Januar 2010 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2010 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2011 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „**ds:Rente**“, „**ds:Rente Plus**“, „**ds:bAV**“ und „**ds:Basis**“, jeweils nach dem „**Tarif 2005**“, dem „**Tarif 2007**“ oder dem „**Tarif 2008**“, sowie bei den Versicherungen „**ds:Basisrente**“ nach dem „**Tarif 2008**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2010 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 die versicherten Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,50 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 2,00 % erhöht; für im Januar 2010 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2010 beitragspflichtig waren,
 wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 vorgenommen,
 wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2010 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2010 gezahlten Beitrags vorgenommen.
 Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2011 verwendet.

c) die im Dezember 2010 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
 werden mit Wirkung zum 1. Januar 2011 die laufenden Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,75 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 2,25 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2012 (wie im Jahr 2011) eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der **eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung** nach „**Tarif 2000**“, „**Tarif 2000 plus**“ oder „**Tarif 04 plus**“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „**ds:BU**“

werden im Jahr 2012 (wie im Jahr 2011) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „**Tarif RiBUZ**“ oder „**Tarif 04 RiBUZ**“ sowie bei den Versicherungen „**ds:RiBU**“

werden im Jahr 2012 (wie im Jahr 2011) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

8. Bei Versicherungen nach den **unter Nummer 1 bis 5 genannten Tarifen**, aus denen im Jahr 2011 Kapitalabfindungen, Altersrenten, Hinterbliebenenleistungen, Rückvergütungen oder Übertragungswerte gezahlt werden,

wird eine Zuteilung zur Beteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen vorgenommen, indem im Jahr 2011 zusätzlich zu den Versicherungsleistungen ein Bewertungsüberschussanteil von 0,1 % der Versicherungsleistung des Jahres 2011 gezahlt wird.
 Für die Berechnung des Bewertungsüberschussanteils wird die vorgenannte Versicherungsleistung ohne einen etwaigen Schlussüberschussanteil nach Nummer 1 Buchstabe a oder Nummer 2 bestimmt.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Steuerberater-Versicherung Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versicherungsvereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versicherungsvereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versicherungsvereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versicherungsvereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 2. Mai 2011

Susat & Partner oHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Schlüter
Wirtschaftsprüfer

gez. Graf von Kanitz
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Gemäß § 10 Abs. 5 Satz 3 der Satzung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung des Jahresüberschusses zu prüfen. Dieser Aufgabe ist der Aufsichtsrat nachgekommen.

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2010 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben 5 Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat.

Die Berichte betrafen insbesondere:

- Bestandsentwicklungen und Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Risikomanagement
- Werbung
- Beirat
- Zertifizierung von Basisrentenverträgen
- Gesetzliche Krankenversicherung

Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende regelmäßig über die Geschäftslage berichten lassen. Die Protokolle der Anlageausschusssitzungen der zwei Spezialfonds wurden von dem Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

■ Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Es wurden Anpassungen der Kapitalanlage-Richtlinie bei den Streuungs- und Mischungsquoten im Hinblick auf das Marktumfeld und weitere Begrenzungen der einzugehenden Risiken vorgenommen. Zusätzlich wurden Details zum Berichtswesen und zu den Vertretungsregelungen mit aufgenommen. Von besonderer Bedeutung waren im Jahr 2010 auch Überlegungen zur Weiterentwicklung bei vorhandenen Immobilien.

■ Risikomanagement

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat sich der Vorstand auch im Jahr 2010 eingehend mit der Risikosteuerung befasst und die Risikostrategie umgesetzt. Das interne Steuerungs- und Kontrollsystem wurde hinsichtlich der MaRisk VA weiter ausgebaut. Die Geschäftsorganisation wurde in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit den Berichten des Vorstandes zu den Risiken und zum Risikomanagement befasst und die Risikolage mit dem Vorstand erörtert.

■ Werbung

Das von der Vertreterversammlung im Jahre 2009 gebilligte neue Werbekonzept wurde im Jahre 2010 weiter fortgesetzt.

■ Beirat

Zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand hatte die Vertreterversammlung am 19. Juni 2010 beschlossen, einen Beirat einzurichten. Der Beirat wird aus Personen gebildet, die von der Bundessteuerberaterkammer, dem Deutschen Steuerberater-Verband und der Vertreterversammlung entsandt werden.

Die Mitglieder des Beirates wurden im Geschäftsjahr benannt. Die konstituierende Sitzung des Beirates fand im Februar 2011 statt, so dass der Beirat seine Arbeit inzwischen aufgenommen hat.

■ Zertifizierung von Basisrentenverträgen

Mit Zustimmung des Aufsichtsrates hat der Vorstand im Hinblick auf die Zertifizierung von Basisrentenverträgen neue Allgemeine Versicherungsbedingungen für diese Verträge gemäß § 12 Abs. 2 der Satzung aufgestellt. Die Vertragsbedingungen haben die Zertifizierung durch das Bundeszentralamt für Steuern erhalten.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden von Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2010 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrück-erstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 2. Mai 2011

Für den Aufsichtsrat

Hans-Adolf Neu
Vorsitzender

8 ORGANE, TREUHÄNDER UND VERANTWORTLICHER AKTUAR

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:

Klaus Axmann, StB
Jutta Barth, StB/vBP
Werner Billgow, StB/WP
Dr. Joachim Dalmer, StB
Klaus Decker, StB
Wolfgang Dieterle, StB/vBP
Hans Fellhauer, StB
Michael Hagen, StB
Jürgen Knatz, StB/WP/RB
Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB
Rainer Martens, StB
Renate Nopitsch, StB/RB

Edwin Frh. von Podewils, StB/WP/RB
Dieter Prinz, StB/WP
Hansjörg Reiter, StB/vBP
Ute Sahn, StB
Matthias Sand, StB
Dr. Hartmut L. Schwab, StB
Ulrich Thiemann, StB
Jakob Trimborn, StB
Werner Welsch, StB/WP

Wahlkreis:

Thüringen
Niedersachsen
Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern
Bremen
Stuttgart
Nordbaden ab 01.04.2010
Sachsen-Anhalt
Westfalen-Lippe
Hessen
Schleswig-Holstein
Nürnberg
Sachsen
Südbaden
Köln
Nordbaden bis 31.03.2010
Berlin
Brandenburg
München
Rheinland-Pfalz
Düsseldorf
Saarland

Aufsichtsrat:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors.)
Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg (stv. Vors.)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Treuhänder:

Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim
Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.)

9 BEIRAT

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Beiratsmitglieder:

Edgar Wilk, StB/vBP (Vors.)
Dr. Harald Grümann, StB/vBP (stv. Vors.)
Bernd Janssen, StB
Jürgen Knatz, StB/WP/RB
Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB
Reinhard Meier, StB/RA
Hans-Joachim Oettinger, StB/WP
Bodo Schenk, StB
Dr. Hartmut L. Schwab, StB

Entsendung durch:

Bundessteuerberaterkammer
Bundessteuerberaterkammer
Bundessteuerberaterkammer
Mitgliedervertretung
Mitgliedervertretung
Bundessteuerberaterkammer
Deutscher Steuerberaterverband
Bundessteuerberaterkammer
Mitgliedervertretung

NACHRUF

Am 31. Januar 2011 verstarb

Frau Generalkonsul Hannetraud Schultheiß,
Steuerberater,

im Alter von 91 Jahren.

Frau Schultheiß war nicht nur Gründungsmitglied unserer Pensionskasse,
sondern auch Vorstandsmitglied von 1967 bis 1972 und von 1976 bis 1996.

Ihr Amt als Mitgliedervertreterin für den Kammerbereich Hessen übte sie von 1972 bis 1976 aus
und für den Kammerbereich Rheinland-Pfalz im Jahre 2000.

Seit unserer Gründung war die Verstorbene mit uns verbunden. Während ihrer aktiven Zeit
hat sie uns mit Rat und Tat begleitet und wesentlich zu unserem Erfolg beigetragen.

Sie hat sich der Idee der freiwilligen berufsständischen Rentenversicherung mit voller
Überzeugung ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

Ihre Persönlichkeit und ihre Verdienste werden unvergessen bleiben.

Deutsche Steuerberater-Versicherung
Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG
Postfach 24 69, 53014 Bonn



Deutsche
Steuerberater
Versicherung

TELEFONISCHE AUSKÜNFTE:

0228/98 21 3-0

Mo-Do: 8-17 Uhr und Fr: 8-13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

Fax 0228/98 21 3-11

info@ds-versicherung.de

SERVICES & INFORMATIONEN:

www.ds-versicherung.de